



öffentlich

Betreff:

Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD	Erstellungsdatum	13.01.2015
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
28.01.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark zu prüfen. Dazu sollen Vorteile und Nachteile für beide Partner sowie gemeinsame finanzielle und verkehrspolitische Synergieeffekte aufgelistet werden. Mit den Vertretern des ViP und den Verantwortlichen von Potsdam-Mittelmark sind Gespräche zu führen, um die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorhaben zu erörtern.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im April 2015 Bericht zu erstatten.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

gez. Mike Schubert
Fraktionsvorsitzender
SPD

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung

Durch die 2015 wirksam werdende Aufspaltung der Havelbus auf die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Havelland ermöglicht ein Zusammengehen von Potsdam mit Potsdam-Mittelmark zu einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft. Es ist nun denkbar, dass auf wirtschaftliche Weise das Angebot aus Tram und Bus optimiert, Parallelverkehre vermieden und Takte verdichtet werden können. Die längst überfällige wirkungsvolle Verbesserung in der Verflechtung der Verkehrsräume von Potsdam und Potsdam-Mittelmark, die bisher an der natürlich Konkurrenz beider Unternehmen gescheitert ist, könnte nun zu besseren Verbindungen für die Fahrgäste und zu einer deutlichen Entlastung des MIV-Anteils führen. Besonders angesichts der anstehenden Investitionsentscheidungen für den Neubau von Tramstrecken ist es erforderlich, alle Optionen eines größeren, gemeinsamen Verkehrsbetriebes zu prüfen.

Anlage: PNN, 29.12.14, Enrico Bellin